

Erst die englische „Sun“ und jetzt die belgische Polizei – eine Institution nach der anderen Bezeichnet Frankfurt als „Zombieland“ und warnt die anreisenden Fußballfans vor dem Frankfurter Bahnhofsviertel. Naja, nicht vor dem Viertel, vor den Menschen darin, konkret vor allem vor den Drogenkonsumierenden. Die Antwort der Stadt Frankfurt war ein sogenannter Maßnahmenplan, in dem insbesondere die verstärkte Videoüberwachung, die ausgeweiteten Waffenverbotszonen und ein Mehraufgebot von Polizeipräsenz angepriesen wurden. Schnell wird ersichtlich, dass die Stadt Frankfurt bei dem verabschiedeten Maßnahmenkatalog einen klaren Fokus hat: Die Aufwertung der Stadt für zahlungskräftige Besucher*innen sowie Tourist*innen im Rahmen der Europameisterschaft. Es wird auf verstärkte Kriminalisierung und Strafverfolgung, sowie Verdrängung und Vertreibung von armutsbetroffenen Personen gesetzt, damit sich erwünschte zahlungskräftige Besucher*innen im Bahnhofsviertel nicht mit Armut, psychischer Erkrankung, Wohnungslosigkeit oder ganz allgemein gesagt mit der bestehenden gesellschaftlichen Ungleichverteilung konfrontieren muss. Wir kritisieren: Mit einem solidarischen Bahnhofsviertel haben die Maßnahmen absolut nichts zu tun, wir sehen darin den gegenteiligen Effekt.

Ein genauerer Blick offenbart den stadtpolitischen Aktionismus, wie beispielsweise die ausgeweitete Videoüberwachung zeigt: Ob Videoüberwachung tatsächlich Straftaten verhindert, ist nicht klar belegt. In verschiedenen Studien konnte der Videoüberwachung ein kaum, bis nicht wahrnehmbarer Effekt bei der Kriminalitätssenkung bescheinigt werden. Vielmehr führt sie zu einer Verlagerung der Kriminalität¹. Unstrittig ist jedoch, dass der Datenschutz von Menschen, die sich viel im öffentlichen Raum aufhalten, wie Bettler*innen, obdachlose Menschen oder Demonstrant*innen beschränkt wird und eine Kriminalisierung und Verdrängung derjenigen stattfindet.

Die frisch ausgeweiteten Waffenverbotszonen scheinen auch eher Werbezwecken zu dienen. Tatsächlich sind alle Gegenstände auf den Schildern, vor denen sich der Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef und der Polizeipräsident Stefan Müller so schön fotografieren ließen, gesetzlich bereits verboten: Schlagringe, Messer mit Klingen über 12cm, Schusswaffen und Pfefferspray. Das Verbot wurde damit zwar auch auf Waffen mit kürzeren Klingen bis zu 4 cm erweitert, in unseren Augen stellt dies jedoch nur eine weitere Maßnahme der Verdrängung dar, da Menschen, deren Lebensmittelpunkt notgedrungen überwiegend die Straße und der öffentliche Raum ist, häufig ein Messer bei sich tragen, um Lebensmittel zu schneiden oder Konsumutensilien zu präparieren.

„Niemand soll mit einem schlechten Gefühl ins Bahnhofsviertel gehen“ äußerte sich Mike Josef im April vor der Presse und meinte damit wohl niemand, außer bettelnde, wohnungslose oder drogenkonsumierende Personen, die in den letzten Wochen durch zahlreiche Presseartikel und Reaktionen der Stadt stigmatisiert, durch eine Intensivierung der Polizeiarbeit sowie vermehrte Polizeistreifen verdrängt und durch die Öffentlichkeit kriminalisiert und pathologisiert wurden.

Die vermehrte Polizeipräsenz soll im Bahnhofsviertel für mehr Sicherheit sorgen, nahezu verdoppelt wurden hierfür die Streifen der Stadtpolizei, die Landespolizei hat Razzien und Kontrollen intensiviert. Wie oft lesen wir im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen das Wort Sicherheit und fragen uns, um wessen Sicherheit geht es hier? Sicher sein, und „ungestört“ feiern und konsumieren sollen nur die zahlungskräftigen Personen. Vermehrten Druck und Repression hingegen erfahren mehrfach marginalisierte Gruppen, deren Lebensmittelpunkt und soziales Umfeld im Bereich des Bahnhofsviertels stattfindet. Da das nicht zum schicken Image, dass die Stadt Frankfurt gerne nach außen trägt passt, wird die Kriminalisierung von wohnungslosen und suchtkranken Menschen mit der Ausweitung der Waffenverbotszone, der vermehrten Videoüberwachung sowie der stärkeren Polizeipräsenz vorangetrieben.

¹ Vgl. <https://soztheo.de/stadtsoziologie/videoueberwachung/> [2024-06-26]

Daneben entpuppt sich der Maßnahmenkatalog als reine Schönheitsmaßnahme, wie beispielsweise die Umbenennung des Kaisersacks in Kaisertor aufzeigt. Daran ändert auch die Installation drei weiterer öffentlichen Toiletten nichts, von denen zwei auch nach der EM stehenbleiben können und für die es bisher noch kein Konzept zu geben scheint, wie sie tatsächlich für ihre Zielgruppe nutzbar bleiben.

Dass die Stadt davon spricht, die Gelder für die Drogenhilfe aufgestockt zu haben, ist ein Scherz für jede Person, die weiß, dass der städtische Zuschuss für die Drogenhilfe für das Jahr 2024/25 auf die Höhe von 2021/22 zurückgefahren wurde². Tatsächlich mussten die Drogenhilfeeinrichtungen ihre Öffnungszeiten dieses Jahr reduzieren, um sie der unzureichenden Finanzierung anzupassen. Dass sie nun nach und nach wieder zur regulären Öffnungszeit zurückkehren, entspricht entgegen der Behauptung der Stadt keinerlei Ausweitung! Wer etwas von den Drogenhilfeträgern zur finanziellen Notlage nachlesen möchte, kann das gerne in ihrem Presstext zur Angebotsreduzierung vom März diesen Jahres tun. Dass die Träger sich nicht noch lauter und kritischer äußern, hängt vermutlich auch damit zusammen, dass sie finanziell von der Stadt abhängig sind. Das führte sogar so weit, dass Angebote extra für Adressat*innen Sozialer Arbeit geschaffen wurden, um sie während der in Frankfurt stattfindenden Spiele möglichst aus dem Viertel zu halten.

Wir dagegen, der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Regionalgruppe Frankfurt am Main, sind unabhängig und skandalisieren die Verdrängung von Frankfurter*innen aus dem öffentlichen Raum, die eben über weniger Kaufkraft verfügen als die, übrigens häufig betrunkenen, lauten, müllmachenden aber erwünschten Fußballfans.

Wir fordern eine echte solidarische Stadt mit einer tatsächlichen Ausweitung der Angebote für Drogengebraucher*innen und wohnungslose Menschen, das Stoppen der Verdrängungspolitik, das Reduzieren der Repressionen (wer mehr über die Folgen von Repressionen im Bahnhofsviertel lernen möchte, kann sich gerne mit der Taunusanlage der 1990er Jahre beschäftigen³) und bezahlbarer Wohnraum muss geschaffen, Leerstand verhindert und Ansätze wie Housing First durchgesetzt werden! Weiter braucht es viel mehr geschützte Aufenthaltsorte, ja auch mehr Toiletten, Drugchecking, mehr medizinische Versorgung sowie einen verstärkten Ausbau von Substitutionsplätzen auch für Menschen ohne Krankenversicherung, mehr Diamorphinsubstitution, mehr Schlafplätze unabhängig von der Anspruchsberechtigung nach den Sozialgesetzbüchern, barriereärmere Zugänge, keine diskriminierenden Polizeikontrollen, mehr Partizipation, mehr Menschlichkeit und mehr Rechte für alle und keine Ausschlussprozesse gegen die sogenannten „Niemanden“.

Lasst uns aufeinander Acht geben und miteinander die Sicherheit von ALLEN im Frankfurter Bahnhofsviertel erhöhen.

Solidarische Grüße
AKS Frankfurt am Main

² Vgl. Teipelke/Becker: Stadt versucht Quadratur des Kreises auf Kosten hilfebedürftiger Menschen: frankfurt-aidshilfe.de [2024-06-26]

³ Massive Repressionen im Bahnhofsviertel führen in den 1990ern in der Frankfurter Taunusanlage zu einer Szenerie geprägt von Aggressivität und häufiger Rettungseinsätze vgl. dazu z.B.: Nimsch, Margarethe (2011): Räume statt Räumung – und wie dies in Frankfurt am Main gelang. In: idh (Hg.): Die Legende lebt. 25 Jahre idh Integrative Drogenhilfe e.V. Frankfurt am Main, Frankfurt a.M.: Fachhochschulverlag 26-31.